

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

8.3.1903 (No. 66)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 8. März.

№ 66.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: wertschätzlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1903.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 26. Februar d. J. gnädigst geruht, dem Vorstand der Eisenbahninspektion in Basel, Baurat Friedrich Wenner daselbst, die etatmäßige Amtsstelle des Bahnbauinspektors in Basel und

dem Regierungsbaumeister Ferdinand Lehmann in Basel unter Verleihung des Titels „Bahnbauinspektor“ die Stelle eines Zentralinspektors bei der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 26. Februar d. J. gnädigst geruht, den Notar Dr. Friedrich Müller in Staufen in den Amtsgerichtsbezirk Ettlingen zu versetzen.

Mit Entschließung des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 4. März d. J. wurde dem Notar Dr. Müller das Notariat Ettlingen II zugewiesen.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Polonisierungsbestrebungen.

Bei seinem Scheiden aus der Provinz Posen hat der Oberpräsident von Bitter den deutschen Bauern und Besitzern der Provinz Posen zugerufen, trotz der Schwere der Zeit ihre Dörfer, die Wahrzeichen des Deutschtums, nicht zu verlassen und die väterliche Scholle nicht aus der Hand zu geben. Wie berechtigt und beherzigenswert diese Mahnung ist, zeigen die unablässigen Bemühungen der Leiter der großpolnischen Agitation, die einen festen Zusammenschluß aller landansässigen polnischen Elemente und eine Herabminderung der Zahl der Landankäufer aus polnischer Hand seitens der Ansiedlungskommission anstreben. In dieser Absicht ist die Kapitalvermehrung der polnischen Landbank Biemski erfolgt, in dieser Absicht geben Vereine und Genossenschaften die Mittel her, um den polnischen Besitzern zu unterstützen oder sein Verbleiben in die Hände eines polnischen Nachfolgers zu bringen; in dieser Absicht endlich werden Parzellierungs- und Berufsgenossenschaften gebildet, die gleichfalls bestimmt sind, dem Werk der preussischen Ansiedlungskommission und dem Gedeihen des deutschen Bauernstandes in Posen und Westpreußen entgegenzuarbeiten. Nach dem Muster des Statuts der Posener Parzellierungsgenossenschaft sind, wie die speziell mit der Polonisierung der kassubischen Landbezirke beschäftigte „Gazeta Gdanska“ meldet, die Satzungen einer neuen Parzellierungsgenossenschaft ausgearbeitet worden, die neben der gleichen Zwecken dienenden Spolka Biemski in Thorn ihre Tätigkeit zunächst auf die Parzellierung kleiner Bauernwirtschaften richten müßte. Als Geschäftsstelle der Genossenschaft ist vorläufig Verent in Aussicht genommen; die Gründung weiterer Parzellierungsgenossenschaften, „wenigstens eine in jedem Kreise“, deren Anteile 100 bis 200 M. betragen sollen, wird als wünschenswert bezeichnet. Ein anderes der tonangebenden Blätter der großpolnischen Presse in Westpreußen, die „Gazeta Grudziadzka“, fordert die weitere Bildung von Parochialkomitees und Volksvereinen ebenfalls in der ausgesprochenen Absicht, die polnischsprachige Bevölkerung gegen die Deutschen anzukämpfen und zusammenzuschließen. Dieser Sachlage gegenüber können in der Tat die zur Erhaltung und Ausbreitung des Deutschtums von der Regierung ergriffenen Maßnahmen nur dann von Erfolg gekrönt werden, wenn jeder einzelne Bauer und Besitzer daran festhält, daß er als Pionier des Deutschtums an seiner Stelle steht, und wenn er überzeugt ist, daß er durch unermüdete Bekämpfung der polnischen Gefahr, wann und wo es auch sei, sich um das Vaterland verdient machen wird.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 6. März.

Titel 1 des Etats des Reichsschatzamt und eine Reihe weiterer Titel werden sodann angenommen.
Beim Titel 400 000 M. für die Universität Straßburg bemängelt Abg. Sattler (nat.-lib.), daß man bei Errichtung der katholischen Fakultät den Weg der Verhandlung mit Rom eingeschlagen habe, statt die staatliche Machtvollkommenheit zu benutzen und im Elsaß ähnliche Einrichtungen zu treffen, wie sie bei den preussischen Fakultäten be-

stehen. Er fragt den Reichszugler, weshalb in der Wahrung der Staatsrechte gegenüber der Kurie so wenig zurückgewichen wurde.

Elsaß-Lothringischer Geh. Rat Haller entgegnet, es gebe viele Katholiken in Elsaß-Lothringen, welche die bischöflichen Seminare in Metz und Straßburg für die einzig zuverlässigen Bildungsanstalten des katholischen Merus hielten und glaubten, daß die wissenschaftliche Ausbildung derselben dem Konfessionsstande widerstrebe. Nachdem sich aber der Papst mit der Errichtung einer staatlichen Fakultät einverstanden erklärt habe, sei die Sache anders geworden. Von einer Kapitulation vor Rom sei keine Rede. Die Elsaßer glaubten, die Kirche habe zu viel nachgegeben. Die katholische Fakultät sei erst die Krönung der Organisation der Universität Straßburg und soll sie den Schweizeruniversitäten im Reich ebenbürtig machen. Der Staat habe entschieden das Recht, Universitäten zu gründen und Fakultäten einzurichten. Durch ein autonomes Vorgehen aber hätte der Staat das Mißtrauen des ganzen Landes erregt. Die Bischöfe hätten den Studenten den Besuch der Fakultät nicht gestattet. Deshalb war ein Abkommen mit der Kurie nötig. Die Grenzen der Befugnisse sind geregelt. Jugentändnissen des Staates stehen Jugentändnissen der Kurie gegenüber. Redner schließt mit dem Hinweis, daß die Regierung in dieser Angelegenheit den Traditionen des großen Kreuzentönigs und des Fürsten Bismarck gefolgt sei.

Abg. Spahn (Zentr.) verlangt Vorlegung der Akten über die Verhandlungen mit Rom. Die Katholiken wünschen nur Recht und Gerechtigkeit.

Staatssekretär Rehr. v. Thielmann entgegnet, man werde von ihm nicht erwarten, daß er auf das Materielle der Sache eingehe. Der Zuschuß von 400 000 M. sei älter als das Reichsschatzamt. Was damit geschehe, wisse das Reichsschatzamt nicht, denn die Universität verfolge selbstständig in ihren Verwaltungsangelegenheiten.

Abg. Schrader (freil. Vereinig.) meint, die katholische Universität sei nichts anderes als eine Ausdehnung des bischöflichen Seminars, aber kein Institut für freie Forschung.

Abg. Rehr. v. Hertling (Zentr.) sagt, er könne mit voller Ueberzeugung sagen, daß die Katholiken weit entfernt seien, einen neuen Kulturkampf zu provozieren. Sie freuten sich vielmehr, daß der alte bis auf wenige Reste bestehende sei. Er werde dem Tag begreifen, wo konfessionelle Vereine nicht mehr nötig seien. Es sei eine einfache Forderung der Billigkeit, daß an der Universität eines Landes, dessen Einwohner zu fünf Siebentel katholisch seien, auch eine katholische Fakultät bestehe. Wenn die Durchführung zunächst in Rom auf gewisse Schwierigkeiten stieß, so war daran nicht etwa eine schmerzliche Stimmung Kampollas Schuld. Der Papp sagte von Anfang an, die deutsche Regierung verfolge ein politisches Ziel, wir verfolgten ein religiöses Ziel. Hier muß ein Mittelweg gefunden werden. Ein gewisses Vorurteil gegen die Angelegenheit wurde in Rom durch Antecedenten in Deutschland erweckt. Die katholische Fakultät Gießen bot feinerseitig absolut keine Garantie, die der Kirche genüge. In Bonn hatte der Unterricht jahrelang von wenigen Männern geführt werden müssen, da die übrigen dem Katholizismus zugewandt waren. Ich treue mich, Kampolla hier meiner besonderen Hochachtung versetzen zu können. Die Zeitungsredakteure wußten das freilich besser, denn während mir der Kardinal einst sagte, nun haben Sie alles, machen Sie auch schnell, daß die Sache fertig wird, stand anderen Tages in einer Münchener Zeitung, Kampolla werde auch diesmal wieder die Sache vereiteln. Der Umweg über Rom war der einzige Weg zum Ziel. Der Staat vergibt sich nichts, wenn er vorher anfragt, ob die in Aussicht genommene Person zur Befüllung des Postens genehmigt sei. Er glaube nicht aus der Schule zu plaudern, wenn er sage, daß er bei einer solchen Vermittlung im Dezember mitgeholfen habe und daß die Sache in einer halben Stunde auf das Angenehme erledigt war. Die angestellten Professoren Straßburgs mögen sich ihrer schweren Aufgabe bewußt sein, aber es wird möglich sein, ein friedliches Verhältnis herzustellen. Der Erfolg wird die Verhältnisse niederzulegen.

Abg. Deissler (Elsaßer) wendet sich gegen die Ausführungen des Reichszuglers im Abgeordnetenhaus, in welchen er vor dem elsässischen Protestieren sprach. Der elsässische Merus sei nicht ein Gegner der Fakultät, sondern nur dagegen, daß die Fakultät errichtet werde auf Kosten des Seminars, das als Lehranstalt beibehalten werden müsse.

Abg. Barth (freil. Vereinig.) wendet sich energisch gegen die Aeußerungen des Abg. Spahn, nach welchen bei der Errichtung der Fakultät die staatlichen Behörden ihre Pflicht verlegt hätten und schließt sich im übrigen den Ausführungen des Abg. Schrader an.

Abg. Sattler (nat.-lib.) sagt, in Trier habe niemand Schuld gehabt als der Bischof. Friedrich der Große habe die Autorität der Kirche gegenüber ganz anders gewahrt, als die jetzige Regierung.

Nach weiteren Bemerkungen des Geh. Rat Haller und des Abg. Spahn, Barth, Rehr. v. Hertling und Schrader wird der Titel angenommen und der Rest des Etats ohne Debatte genehmigt. Ebenso der Etat für den Rechnungshof des Deutschen Reichs.

Morgen 1 Uhr: Allgemeiner Pensionsfond, Rest des Postetats und Militäretat. — Schluß nach halb 7 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 7. März.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die Etatberatung wird fortgesetzt bei dem Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

Abg. Graf Drölla bedauert, daß das Militärpensionsgesetz noch nicht vorgelegt sei. Die Enttäuschung im Lande sei groß und die Empörung wachse.

(Mit einer Beilage.)

Kriegsminister v. Goltz: Die Erwartungen konnten nicht erfüllt werden wegen vollständigen Mangels an Mitteln. Das Gesetz würde jährlich mindestens 20 Millionen erfordern, bei rückwirkender Kraft 60 bis 70 Millionen. Daß die Gesetzgebung in diesem Punkte einmal geregelt werden müsse, darin sind wir alle einig.

Abg. Graf Dronow meint, es wäre richtig gewesen, nichts zu versprechen, wenn man nicht entschlossen war, mit dem Gesetz zu kommen. Ohne rückwirkende Kraft könne das Gesetz nicht verabschiedet werden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Drölla und v. Kardorff wird der Etat bewilligt.

Es folgt die Beratung des an die Budgetkommission zurückverwiesenen Teils des Postetats.

Abg. Müller-Sagan befragt einen Antrag betreffend die Assistentenstellen.

Staatssekretär Kräfte weist nochmals darauf hin, daß für die Einstellung von 2000 Assistentenstellen in diesjährigen Etat nur dienstliche Rücksichten maßgebend gewesen seien. Andere vom Vorredner ihm unterschobene Motive seien ungerechtfertigt. Die Postverwaltung wirkt stets dahin, daß die Beamten nach möglichst kurzer Zeit eingestellt werden. Die Beschwerden über zu strenge Prüfung der Assistenten vor ihrer Beförderung zum Sekretär seien ungerechtfertigt. Eine bestimmte Erklärung abzugeben, in welcher Zeit die Assistenten Sekretär werden können, müsse er ablehnen.

Aus Württemberg.

Aus der Finanzkommission.

SRK. Stuttgart, 6. März.

Die durch ein Unwohlsein des Finanzministers nötig gewordene Unterbrechung der Kammeritzungen ist zu Beratungen der Finanzkommission ausgenützt worden, die somit, wie dies früher allgemein üblich war, vor der Generaldebatte im Plenum in die Einzelberatung des Etats eingetreten ist. Angesichts des bedeutenden Defizits bemüht sich die Kommission, möglichst viel abzufrieden, insbesondere an den Personalausgaben (Vorrückungen und neue Stellen). Teilweise sind solche Streichungen einstimmig oder mit großen Mehrheiten, teilweise aber auch mit wenigen Stimmen erfolgt, so daß in zweiter Lesung der Kommission oder im Plenum das Zünglein an der Waage noch zur Bewilligung neigen kann. — Besonders eingehend beschäftigt sich die Kommission mit den Personalverhältnissen der Postbeamten, bei denen, namentlich im mittleren Dienst, eine gewisse Unzufriedenheit über die Abwärtsverhältnisse und andere Nachteile eines kleineren Postverwaltungsgebiets besteht und schon zu publizistischen Kundgebungen geführt hat, die die Verwaltung zum Einschreiten veranlaßten. Von der Regierung ist, zugleich im Interesse der Vereinfachung und Ersparnis, für die nächste Finanzperiode eine Neuordnung des Dienstes ins Auge gefaßt, nach welcher für den höheren Dienst die Zahl der Stellen beschränkt und daß Maß der Anforderungen gesteigert, die Zahl der dem mittleren Dienst zugänglichen Stellen vermehrt und ein unterer Dienst eingerichtet werden soll. — An den sachlichen Ausgaben hat die Kommission bis jetzt nichts von Belang gestrichen, insbesondere sind die nicht unbedeutlichen Mehrforderungen für die Landwirtschaft einstimmig genehmigt worden.

Die Tilgung der Staatsschuld.

Ein der Ständeversammlung zugegangener Gesetzentwurf, betreffend die Tilgung der Staatsschuld, ersetzt die zwei bisher in Uebung stehenden Tilgungssysteme der vertragsmäßigen Zwangstilgung (Annuitäten) und der freien Tilgung mit vorausbestimmten Endterminen, nach dem Vorgang des preussischen Gesetzes vom 8. März 1897 durch das System der gesetzlichen Zwangstilgung. Vom 1. April d. J. ab ist in jedem Rechnungsjahr an der am Anfang desselben bestehenden Gesamtstaatsschuld ein festbestimmter Mindestprozentsatz (drei Fünftel) zu tilgen; daneben soll gleichfalls kraft Gesetzes ein Drittel der etwaigen Ueberschüsse des Vorjahres zur Tilgung verwendet werden. Die Tilgung kann durch Rückkauf oder Kündigung erfolgen, bei neuem Anlebensbedarf kann die Tilgungssumme auf die verwilligten neuen Anlehen verrechnet werden; die Verlosungen kommen in Wegfall. Praktisch werden die Vorteile der neuen Regelung grobenteils erst in 40 bis 50 Jahren, falls nicht etwa die bereits aufgenommenen Anlehen in eine nach dem neuen System tilgbare Schuld

Neueste
Sauggas-Motore



erzeugen ihr Gas selbst.
Betriebskosten
ca. 1/2 — 2 Pfennig pr. HP. u. Stunde.
Viel billiger als Dampf und Elektrizität.

Motorenfabrik Oberursel A.-G.
Oberursel b. Frankfurt a. M.
Prospekte gratis und franko.

Reitpferde.



Wir erhalten wöchentlich frische Transporte und haben einen fortwährenden Bestand von **50 Stück fertig gerittener truppenfrommer Pferde** für jedes Gewicht und in jeder Preislage.

(Mitte März erhalten wir wiederum französische Vollblutpferde mit Reinzleistungen.)

Gebr. Bodenheimer,
Strassburg i. Els.

An der
**Königlichen Tierärztlichen Hochschule
in München**

beginnt das Sommersemester 1903 am 15. April d. J., die Inscriptions finden vom 16. bis incl. 21. April statt; die Vorlesungen beginnen am 22. desselben Monats.

Satzungen, Lehrplan und Prüfungsbestimmungen, sowie Jahresbericht können gegen Einsendung von 90 Pf. durch das Sekretariat der Hochschule bezogen werden.

3.72

Ders. Direktor:
Albrecht.

Konfirmanden-Hüte

in allen Preislagen

neueste, elegante Formen nur beste Fabrikate in unerreicht grosser Auswahl empfiehlt

Wilh. Zeumer
Karlsruhe.
127 Kaiserstr. 127.

Einladung.

Das **7. PIANOLA-VORSPIEL**

verbunden mit Vorträgen auf dem **Aolian** findet

Sonntag, den 8. März 1903
11 1/2 Uhr.

statt, wozu ich meine verehrliche Kundschaft sowie Musikfreunde ganz ergebenst einlade.

Hochachtungsvoll

Ludwig Schweisgut
Hoflieferant
4 Erbprinzenstrasse 4
Telephon 1711.

Zum Vortrag gelangen Kompositionen von Beethoven, Chopin, Liszt, Wagner.

3.46

Himmelheber & Vier,
Wäschefabrik, Karlsruhe.
501.10 Kaiserstrasse 171,
liefern **Braut- & Kinder-Ausstattungen** in nur gebiegenster Ausführung zu billigen Preisen.
Streng reelle Bedienung.

Otto Fischer,
Grossh. Hoflieferant
(vorm. J. Stüber), Karlsruhe,
Kaiserstr. 130, Telephon 270,
empfiehlt: **Vollständige Betten** jeder Art und Preislage, ganze **Wäsche-Aussteuerungen** in vorzüglicher Ausführung.

Zwangsversteigerung

und Zwangsverwaltung von Grundstücken im Wege der **Zwangsvollstreckung.**

An Beispielen in Altform dargestellt und im Verlag von **Notar West** in Karlsruhe. Preis 2 Mark.

Aepfelwein
naturrein, glanzhell, haltbar
Joh. Georg Rackles
Hoflieferant, Frankfurt a. M.
Goldene Medaille Paris 1900.

Heidelberg-Neuenheim.
Töchterpensionat „Villa Victoria“
Wissenschaftl., fremdsprachl., gesellschaftl., häusliche Ausbildung. Gepr. deutsche, franz. und engl. Lehrerin im Hause. Vorträge von Professoren. Großer Garten. Beschränkte Anzahl jg. M. Ref. und Prosp. durch die Vorsteherin Frau Brückmann.

Bezirks-Agentur

einer alten gut eingeführten **Lebensversicherungs-Gesellschaft mit grossem Incasso** ist sofort zu vergeben.

Herren, die auch auf Zuführung von neuen Versicherungen bedacht sind, wollen Offerte unter N. 957 an die Geschäftsstelle d. Blattes richten.

957.2

Schiffsjungen sucht
J. Brandt, Altona, Fischmarkt 20.

Die Schreibgehilfenkelle
mit einer Jahresvergütung von 600 Mt. ist alsbald zu belegen.
Bewerber — Inzipienten — wollen sich melden.
Engen, den 6. März 1903.
Großh. Notariat.
Ertel.

Heirat.
Eine gebild. Witwetochter vom Schwarzwald, 22 Jahre alt, lathol., 8—10,000 Mark Barvermögen und Aussteuer, wünscht mit einem Herrn, Beamten, Buchhalter oder höheren Lehrer behufs Verehelichung in Korrespondenz zu treten. — Offerten unter P. 693 an **Saasenstein & Vogler, A.G.** Karlsruhe. 3.73

Holzversteigerung.
Großh. Vab. Forstamt Stockach verleiht aus Domänenwald Homburg, Mkt. Gerau, Gastermühlwald, Flugwald und Stegle am **Freitag, den 13. März 1903, von morgens 10 Uhr an, im Gasthaus zum Kreuz in Hendorf:** 20 Eichen, 65 Fichtenstämme I und II, 760 III—V, 49 Fichtenstämme und 89 Nadelholzstämme; 364 fichtene Baustrangen, 20 Nadelholzstrangen IV und V; 10 Nadelholzstrangen I Ster eichenes, 17 buchenes, 103 Nadelholz; 58 Ster fichtene und 79 fortlene Scheiterrollen; 73 Ster fichtene Prügelholz I; 5 Ster eichenes, 17 buchenes und 162 Nadelholz-Prügelholz II; 260 Ster Nadelholz; 7 Ster Nadelholz-Prügelholz, 85 buchene und 1360 Nadelholz-Normalwellen. 5 Lose Schlagraum. Fortwärt Kupferschmid in Uptingen zeigt das Holz vor und fertigt Auszüge. 3.30

Bürgerliche Rechtskreise.
Konkurse.
3.13. Nr. 2317. Gengenbach. Ueber das Vermögen des Landwirts Johann Georg Schneider, Grunmetsbauer von Oberharmersbach, wurde heute am 5. März 1903, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Kaufmann Wilhelm Garter in Gengenbach ist zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 26. März 1903 beim dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses, und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am **Samstag, den 4. April 1903, vormittags 9 Uhr.**
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwa schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 26. März 1903 Anzeige zu machen.
Gengenbach, den 5. März 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Willi.

3.14. Nr. 2942. Breisach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gustav Bergheimer von Breisach ist zur Prüfung der Forderungen der Notar Bergheimer in Brodhof Termin auf **Freitag, den 20. März 1903, vormittags 11 1/2 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht Breisach anberaumt.
Breisach, den 2. März 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
G. Bed.

3.7. Nr. 4712. Billingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Hoteliers Anton Jenner in Billingen ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf **Samstag, den 14. März 1903, vormittags 10 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst anberaumt. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf diesseitiger Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
Billingen, den 2. März 1903.
G. Bernauer,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
9.970. Nr. 4712. Billingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Hoteliers Anton Jenner in Billingen ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf **Samstag, den 14. März 1903, vormittags 10 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst anberaumt.
Billingen, den 2. März 1903.
G. Bernauer,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

3.6. Nr. 4503. Billingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gärtners Otto Herrmann in St. Georgen ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf **Donnerstag, den 12. März 1903, nachmittags 4 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst anberaumt. Der Vergleichsvorschlag ist auf diesseitiger Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
Billingen, den 2. März 1903.
G. Bernauer,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

3.9. Nr. 10 123 II. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs Georg Mühlschlag hier ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlussrechnung am **Freitag, den 27. März 1903, vormittags 9 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht Breisach, Zimmer Nr. 4, 2. Stock, bestimmt.
Breisach, den 4. März 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Schütz,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

3.63. Nr. 2193. Redarbischofsheim. Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen in dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Freiherrn Franz von Degenfeld in Ehrhardt wird bestimmt auf **Donnerstag, den 2. April 1903, vormittags 10 Uhr.**
Das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Gerichtsschreiberei hier zur Einsicht der Beteiligten offen.
Redarbischofsheim, 5. März 1903.
Großh. Amtsgericht.
G. Kiefer.
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Brann.

3.65. Wolfach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Alois Schwendemann in Wolfach ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlussrechnung am **Donnerstag, den 2. April 1903, nachmittags halb 5 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht Wolfach bestimmt.
Wolfach, den 5. März 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Reich,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

3.12. Nr. 8146. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Wilhelm Scherer in Söden ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf **Donnerstag, den 26. März 1903, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier — Zimmer Nr. 3.
Der Vergleichsvorschlag — und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
Freiburg, den 3. März 1903.
Frey,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
3.5. Nr. 5864. Offenburg. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des J. Schulz in Sofweier betr. Zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger ist der Schlussrechnung bestimmt auf **Samstag, den 4. April 1903, vormittags 10 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 5.
Offenburg, den 5. März 1903.
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
G. Keller.

3.4. Nr. 5863. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Bink in Niederorschheim wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Dies veröffentlicht:
Offenburg, den 4. März 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
G. Keller.

3.3. Nr. 1888. St. Blasien. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Johann Wirthle in Rodmoos ist Termin zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung bestimmt auf **Mittwoch, den 18. März 1903, vormittags 10 Uhr.**
St. Blasien, den 4. März 1903.
Großh. Amtsgericht.
G. Sornung.
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Baumann.

3.8. Nr. 3599. Ettlingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Lorenz Ankerer Ehefrau, Friederike geb. Beckold zu Neudorf, ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins durch Beschluß Großh. Amtsgerichts hier vom heutigen aufgehoben. Ettlingen, den 28. Februar 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Gut,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

3.45. Donaueschingen. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Schneiders Johann Seying von Donaueschingen ist die Schlussrechnung genehmigt. Die vorhandene Masse beträgt 140,85 M. Zu berücksichtigten sind 1220,88 M. nicht bevorrechtigte Schulden. Schlussrechnung und Schlussverzeichnis liegen beim Gr. Amtsgericht hier offen.
Donaueschingen, den 5. März 1903.
Josef Wehinger,
Konkursverwalter.

Vergebung von Bauarbeiten.
Für die Neubauten des **Großh. Generalandesarchivs, der Oberrechnungskammer und des Verwaltungsgeschäftshofs in Karlsruhe** werden im Auftrage des Großh. Ministeriums der Finanzen und auf Grund der für die Staatsbauten des Großherzogtums Baden maßgebenden Bedingungen und technischen Vorschriften folgende Bauarbeiten öffentlich ausgeschrieben:
1. Zimmerarbeiten (3 Lose),
2. Schieferbederarbeiten (3 Lose),
3. Blechenerarbeiten, Kupfer (3 Lose),
4. Fliesenarbeiten,
5. Aufreißerarbeiten (äußerer Delfarbanstrich),
6. Eisenlieferung, T-Träger (Magazinbau),
7. Grobschmiedarbeit (Magazinbau) und Zementarbeiten.
Die Bedingungen sind vom 9. März ab auf dem **Magazinbau** an der Stadelstraße in den üblichen Geschäftsstunden einzusehen, daselbst werden auch die Arbeitsauszüge, gegen Erstattung der Herstellungskosten (nach auswärts gegen Einsendung von 50 Pf.), abgegeben und weitere Auskunft erteilt. Die verschlossenen und mit entprechender Aufschrift versehenen Angebote sind bis **spätestens**

Dienstag, den 31. März, Nachmittags 4 Uhr auf dem Bureau der Bauleitung, Zitel 8, II. Stock, einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Angebote im Gewert der etwa erlassenen Bewerber eröffnet werden. 3.39.1
Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen. Karlsruhe, den 5. März 1903.
Bauleitung für die Neubauten des Großh. Generalandesarchivs, der Oberrechnungskammer und des Verwaltungsgeschäftshofs in Karlsruhe.

Kanalisation der Stadt Gengenbach.
Die Stadtgemeinde Gengenbach vergibt auf Grund der Bestimmungen für das öffentliche Verbindungswesen, wie solche bei der Vergabung von Staatsbauten üblich sind, die zur Herstellung der Kanalisation der Stadt erforderlichen Arbeiten und Lieferungen und zwar:
a. die Erdarbeiten, die Rohrverlegungen und die Zementbetonbauten;
b. die Lieferung der Straßensinkstufen und der Schachtausrüstungen.
Schriftlich gestellte Angebote auf die bezeichneten Arbeiten und Lieferungen wollen in die von uns zu beziehenden Angebotsformulare eingetragen, dann mit geeigneter Aufschrift versehen, verschlossen und portofrei bis **spätestens**

Montag, den 23. März d. J., Vormittags 9 Uhr bei dem Gemeinderat der Stadt Gengenbach eingereicht werden, woselbst im Gemeindegemeindeamt die genaume Zeit die Submissionsöffnung stattfindet. Die Pläne und Bedingungen liegen auf dem diesseitigen Bureau zu den üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf.
Zuschlagsfrist: 14 Tage.
Offenburg, den 2. März 1903.
Großh. Kulturinspektion.

3.4. Nr. 5863. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Bink in Niederorschheim wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Dies veröffentlicht:
Offenburg, den 4. März 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
G. Keller.

3.3. Nr. 1888. St. Blasien. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Johann Wirthle in Rodmoos ist Termin zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung bestimmt auf **Mittwoch, den 18. März 1903, vormittags 10 Uhr.**
St. Blasien, den 4. März 1903.
Großh. Amtsgericht.
G. Sornung.
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Baumann.

3.8. Nr. 3599. Ettlingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Lorenz Ankerer Ehefrau, Friederike geb. Beckold zu Neudorf, ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins durch Beschluß Großh. Amtsgerichts hier vom heutigen aufgehoben. Ettlingen, den 28. Februar 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Gut,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

3.45. Donaueschingen. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Schneiders Johann Seying von Donaueschingen ist die Schlussrechnung genehmigt. Die vorhandene Masse beträgt 140,85 M. Zu berücksichtigten sind 1220,88 M. nicht bevorrechtigte Schulden. Schlussrechnung und Schlussverzeichnis liegen beim Gr. Amtsgericht hier offen.
Donaueschingen, den 5. März 1903.
Josef Wehinger,
Konkursverwalter.

Vergebung von Bauarbeiten.
Für die Neubauten des **Großh. Generalandesarchivs, der Oberrechnungskammer und des Verwaltungsgeschäftshofs in Karlsruhe** werden im Auftrage des Großh. Ministeriums der Finanzen und auf Grund der für die Staatsbauten des Großherzogtums Baden maßgebenden Bedingungen und technischen Vorschriften folgende Bauarbeiten öffentlich ausgeschrieben:
1. Zimmerarbeiten (3 Lose),
2. Schieferbederarbeiten (3 Lose),
3. Blechenerarbeiten, Kupfer (3 Lose),
4. Fliesenarbeiten,
5. Aufreißerarbeiten (äußerer Delfarbanstrich),
6. Eisenlieferung, T-Träger (Magazinbau),
7. Grobschmiedarbeit (Magazinbau) und Zementarbeiten.
Die Bedingungen sind vom 9. März ab auf dem **Magazinbau** an der Stadelstraße in den üblichen Geschäftsstunden einzusehen, daselbst werden auch die Arbeitsauszüge, gegen Erstattung der Herstellungskosten (nach auswärts gegen Einsendung von 50 Pf.), abgegeben und weitere Auskunft erteilt. Die verschlossenen und mit entprechender Aufschrift versehenen Angebote sind bis **spätestens**

Dienstag, den 31. März, Nachmittags 4 Uhr auf dem Bureau der Bauleitung, Zitel 8, II. Stock, einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Angebote im Gewert der etwa erlassenen Bewerber eröffnet werden. 3.39.1
Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen. Karlsruhe, den 5. März 1903.
Bauleitung für die Neubauten des Großh. Generalandesarchivs, der Oberrechnungskammer und des Verwaltungsgeschäftshofs in Karlsruhe.

Kanalisation der Stadt Gengenbach.
Die Stadtgemeinde Gengenbach vergibt auf Grund der Bestimmungen für das öffentliche Verbindungswesen, wie solche bei der Vergabung von Staatsbauten üblich sind, die zur Herstellung der Kanalisation der Stadt erforderlichen Arbeiten und Lieferungen und zwar:
a. die Erdarbeiten, die Rohrverlegungen und die Zementbetonbauten;
b. die Lieferung der Straßensinkstufen und der Schachtausrüstungen.
Schriftlich gestellte Angebote auf die bezeichneten Arbeiten und Lieferungen wollen in die von uns zu beziehenden Angebotsformulare eingetragen, dann mit geeigneter Aufschrift versehen, verschlossen und portofrei bis **spätestens**

Montag, den 23. März d. J., Vormittags 9 Uhr bei dem Gemeinderat der Stadt Gengenbach eingereicht werden, woselbst im Gemeindegemeindeamt die genaume Zeit die Submissionsöffnung stattfindet. Die Pläne und Bedingungen liegen auf dem diesseitigen Bureau zu den üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf.
Zuschlagsfrist: 14 Tage.
Offenburg, den 2. März 1903.
Großh. Kulturinspektion.